

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 338

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/800

Geräuschmessung an Motorrädern in Brandenburg

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister des Innern und für Kommunales die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: In Brandenburger Gemeinden wie beispielsweise Niederfinow oder Schorfheide ist die Schmerzgrenze vieler Bürgerinnen und Bürger in Sachen Lärmbelästigung durch Motorräder deutlich überschritten. Zu einem gesunden und erholsamen Leben gehört es auch, die Gesundheitsgefährdung durch Lärmemissionen überall dort zu reduzieren, wo solche Belastungen über einen zumutbaren Wert hinausgehen. Es steht außer Frage, dass Nutzer solcher Kraftfahrzeuge eine gewisse Kaufkraft in die Regionen tragen, dies darf jedoch nicht zu Lasten der Gesundheit und Lebensqualität gehen. Seit der Kleinen Anfrage 2700 im Mai 2017 (Drucksache 6/6600) hat sich diesbezüglich nichts zum Positiven verändert. Im Gegenteil - die Belastung hat weiter deutlich zugenommen. Dies ist zu einem untragbaren Zustand geworden.

Frage 1: Wie oft wurden 2018 und 2019 in Brandenburg Geräuschmessungen an Motorrädern vorgenommen und wie viele Verstöße gab es auf Grundlage einer Überschreitung der zulässigen Werte?

zu Frage1: Eine Statistik zu Anhaltekontrollen sowie zu Verstößen im Zusammenhang mit Geräuschmessungen von Motorrädern wird bei der Polizei in Brandenburg nicht geführt.

Frage 2: Wie viele Fahrzeuge mit den dafür nötigen Geräten hat die Brandenburger Polizei in ihrem Bestand?

zu Frage 2: Die Brandenburger Polizei verfügt über 14 handgehaltene Schallpegelmessgeräte. Ein spezielles Fahrzeug ist nicht vorhanden.

Frage 3: Werden für die Durchführung solcher Kontrollen und Messungen Polizeikräfte anderer Bundesländer oder Einrichtungen wie der TÜV hinzugezogen oder ist die Brandenburger Polizei in der Lage, diese selbstständig durchzuführen?

zu Frage 3: Die Schallpegelmessgeräte der Polizei können ausschließlich zur Verdachtsgewinnung eingesetzt werden. Sollte ein Krad durch überdurchschnittliche Lärmentwicklung auffallen, muss anschließend beweissicher die Untersuchung durch einen Sachverständigen oder eine zertifizierte Prüforganisation erfolgen.

Frage 4: Gibt es seitens des Landes ein Maßnahmenpaket oder Konzepte, um die Lärm- und Umweltbelastung insbesondere durch Motorräder zu senken bzw. dieser entgegenzuwirken?

zu Frage 4: Die Regelungen über den zulässigen Geräuschpegel von Kraftfahrzeugen sind in EU-Richtlinien festgelegt, die von Deutschland nicht national verändert werden können. Das Land Brandenburg unterstützt aber die Initiativen des Bundesverkehrsministeriums auf internationaler Ebene, um zu gewährleisten, dass die geltenden Lärmgrenzwerte von Motorrädern auch bei höheren Geschwindigkeiten eingehalten werden. Dies betrifft vor allem die Änderung der Typgenehmigungsvorschriften bis hin zu einer Prüfung des Geräuschverhaltens in einem Prüfzyklus, der die realen Fahrbedingungen besser abbildet. Auch für die Nachrüstung mit Austauschchalldämpfern soll künftig gelten, dass das Fahrzeug dadurch nicht lauter als das ursprünglich serienmäßig hergestellte Fahrzeug wird. In einigen Bereichen sind bereits Verbesserungen umgesetzt. So haben Bund und Länder im Jahr 2017 durch eine gemeinsame Initiative eine Regelungslücke im EU-Recht geschlossen, die es bisher ermöglicht hat, bereits in Verkehr befindliche Fahrzeuge legal mit nachträglich eingebauten Klappensteuerungen oder Soundgeneratoren auszustatten, die zu einem überhöhten Lärmpegel im realen Betrieb führen können.

Auf Grundlage der EU-Umgebungs-lärmrichtlinie bzw. des § 47d des Bundes-Immissionsschutzgesetzes haben die Kommunen die Möglichkeit, durch die Aufstellung von Lärmaktionsplänen Lärmprobleme zu behandeln. Im Rahmen der Lärmaktionsplanung können sie geeignete Maßnahmen zur Reduzierung von durch den Straßenverkehr verursachten Lärm entwickeln und umsetzen.